

Zeitschrift für angewandte Chemie

III. Bd., S. 409—416 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

20. Juli 1915

Eine deutsch-amerikanische Wirtschaftsvereinigung.

Von KURT PIETRUSKY, Chicago.

Angesichts der Bestrebungen Englands und der anglophilen Kreise Amerikas, Deutschland von dem wichtigen amerikanischen Markte auf die Dauer auszuschließen, erscheint sehr zeitgemäß eine kürzlich in Chicago veröffentlichte Schrift „Zur Gründung einer Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsvereinigung“¹⁾, die den landwirtschaftlichen Redakteur der dortigen „Abendpost“, Herrn F. F. Matenaers, zum Verfasser hat und von ihm als ein „Weckruf“ an das Deutschtum in Amerika und alle loyalen Amerikaner bezeichnet wird. Die Schrift ist von dem Gefühl treuer Anhänglichkeit und warmer Liebe für die alte Heimat getragen, und so wird man es dem Vf. nachsehen, wenn er die sentimentale Seite etwas zu sehr herkehrt, wenn er es als die hehre und heilige Pflicht der Deutschamerikaner erklärt, die Blutschuld, welche die Vereinigten Staaten durch die Waffenlieferungen an die Feinde Deutschlands auf sich geladen haben, zu tilgen, und wenn er zu diesem Zweck von den amerikanischen Geschäftsleuten sogar erwartet, darauf hinzuarbeiten, daß, „wenn die Waffen ruhen, Deutschland nicht nur in alter wirtschaftlicher Stärke wieder auf dem Weltmarkt ist, sondern auch in raschem Wachsen auf dem Weltmarkte weiter Boden und Raum gewinnt.“

Jedenfalls ist aber das Ziel der Schrift ein überaus praktisches und verdient nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern auch die tatkräftige Unterstützung seitens der Leser dieser Zeitschrift. Wie schon der Titel erkennen läßt, bezweckt sie, die führenden Deutschen in Amerika aus allen Berufsständen zur Gründung einer das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten umfassenden Vereinigung zu veranlassen, deren Aufgabe es sein soll, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Union und Deutschland zu erweitern und zu vertiefen. Hand in Hand mit ihr soll eine gleichartige, in Deutschland zu gründende Gesellschaft arbeiten. Allerdings gibt es schon „Deutschamerikanische Handelskammern“ und einen „Deutschamerikanischen Wirtschaftsverband“. „Aber diese Organisationen“, heißt es in der Schrift, „bestehen teilweise überhaupt nur dem Namen nach, sind zum Teil mehr akademischer als praktischer Natur und haben vor allem nicht den Pulsschlag dieser großen Zeit. Sie sind eben noch in einer Zeit, die ganz andere Erfordernisse als die heutige stellte, gegründet worden. Heute ist es die Pflicht der ganzen Kulturwelt, gegen die brutale wirtschaftliche Weltbeherrschung Englands Stellung zu nehmen, und die besondere Pflicht einer ‚Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftlichen Vereinigung‘, im Interesse dieses Landes und Deutschlands dafür zu sorgen, daß der deutsche Handel nicht durch England verdrängt und herabgesetzt wird, wie zu dem Zwecke die Südamerikaner ja bereits neben den bestehenden deutsch-südamerikanischen wirtschaftlichen Organisationen noch einen besonderen Gegenseitigkeitsverband mit Deutschland neugegründet haben.“

In bezug auf die Organisation der amerikanischen Gesellschaft macht der Vf. den Vorschlag, diese von einem Mittelpunkt aus, wofür sich Chicago besonders eignen würde, durch eine zunächst zu bildende „Zentrale“ vornehmen zu lassen. Diese müßte für die Gründung von lokalen Gruppen oder, wo sich solche nicht gut bilden lassen, die Werbung von einflußreichen Einzelmitgliedern sorgen, um

die Bestrebungen auf möglichst weite Schichten der Bevölkerung und alle wirtschaftlichen Kreise, über Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, auszudehnen. Sie sollen sich auch nicht auf Amerikaner deutscher Abstammung beschränken, sondern alle vorurteilsfreien Bürger der Vereinigten Staaten zu erreichen suchen. Im Anschluß an die „Zentrale“ würden „Spezialausschüsse“ zu errichten sein, welche die besonderen wirtschaftlichen Gebiete, auf denen Wechselbeziehungen zwischen den beiden Ländern bestehen, zu bearbeiten haben würden. Dem Vf. scheint hier die Organisation u. a. der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ vorgeschwebt zu haben.

Auch die Unterstützung seitens der beiderseitigen Regierungen muß in Anspruch genommen werden. „Allerdings wird man nach der heutigen Lage der Dinge zunächst wohl damit rechnen müssen, daß das ‚offizielle‘ Amerika einer derartigen Vereinigung eher alles andere als wohlwollende Gefühle entgegenbringen wird.“

Bemerkenswert ist die Art und Weise, in welcher die Verpflichtung der deutschen Reichsregierung, der Vereinigung ihre Unterstützung zu gewähren, begründet wird: „Fraglos haben in der Vergangenheit Fehler und Unterlassungssünden der deutschen Regierung ein gut Teil dazu beigetragen, daß in ‚offizieller‘ Weise eine größere und tiefere wirtschaftliche Verständigung zwischen dem Deutschen Reiche und Amerika nicht schon längst herbeigeführt worden ist, eine Verständigung, die in kritischer Zeit folgenreichere politische Wirkungen zugunsten Deutschlands unbedingt gezeitigt haben würde. Es soll hier nicht mit Steinen gegen die deutsche Regierung geworfen werden, aber rücksichtslose Offenheit ist heute zwingende Notwendigkeit. In allzu großer Vornehmheit hat die deutsche Regierung in der Vergangenheit zu manchem geschwiegen, was zum Nachteil der deutschen Sache und des deutschen Interesses hierzulande vorbereitet und großgezogen wurde. Man hat es nicht für notwendig erachtet, der Intrige, die gerade hierzulande auch von England gegen Deutschland gespielt wurde, seit Jahren schon, entgegenzutreten. Man hat tatenlos zugesehen, wie die deutschen Interessen in diesem Lande durch englischen Lug und Trug mehr und mehr verdunkelt wurden; wie durch eine mehr oder weniger im englischen Solde stehende Presse in den Vereinigten Staaten Brunnenvergiftung der schlimmsten Art gegen Deutschland in ganz systematischer Weise fort und fort betrieben wurde. Für deutsche Errungenschaften und deutsche Fortschritte hat man nicht die Werbetrommel in der Weise gerührt, wie es notwendig war; man hat geglaubt, daß das nicht notwendig sei, daß sich die gute Sache schon von selbst Bahn brechen werde. Und so ist es gekommen, daß selbst heute, wo doch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von deutschem Wissen und deutschem Können in Hunderten von Sachen mit jedem Tage mehr hervortritt, doch aus tausend Bürgern der Vereinigten Staaten noch kaum einer sich eine richtige Vorstellung von der Innigkeit diese Verhältnisses zu Deutschland macht, das von England mit brutaler Gewalt zerrissen wurde; daß man die daraus sich ergebende wachsende wirtschaftliche Notlage in den Vereinigten Staaten nicht dem Engländer, der sie in erster Linie herbeigeführt hat, sondern, dank der Anleitung durch unsere anglophile verlogene Tagespresse, dem deutschen ‚Barbaren‘, der den Völkerkrieg mutwillig vom Zaune gebrochen habe, in die Schuhe schiebt. Pflicht der deutschen Regierung ist es, ihr Teil mit dazu beizutragen, daß eine solche systematische Entstellung der Tatsachen zuungunsten Deutschlands in Zukunft nicht wieder vorkommen kann. Dieser Pflicht wird die deutsche Regierung neben einer Organisierung eines ausgedehnten deutschen Nachrichtendienstes am besten und vollkommensten und

¹⁾ Zu beziehen von A. Kroch & Co., Internationale Buchhandlung, 59—61 East Monroe Street, Chicago, Illinois. — Preis 10 Cents.

zum allergrößten Nutzen für das deutsche Vaterland selbst gerecht werden, wenn sie in jeder nur möglichen Weise die Bestrebungen einer „Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftlichen Vereinigung“ unterstützt. Denn diese Bestrebungen laufen naturgemäß auch alle darauf hinaus, den Vereinigten Staaten zu zeigen, wie innig sie wirtschaftlich mit Deutschland verwachsen sind und welch fester, breiter Platz der deutschen Tüchtigkeit, dem deutschen Wissen und dem deutschen Können dauernd in diesem Lande zukommt.

Die deutsche Regierung muß sachlich und praktisch mit uns Hand in Hand arbeiten, und zu dem Zwecke muß sie tüchtige, praktische Leute hierher senden, die unsere wirtschaftlichen Verhältnisse mit wirklich fachmännischem Interesse und Verständnis gründlich studieren und auch ihrerseits aufklärend hier im Lande und drüben im Vaterlande wirken. Sie muß uns zu dem Zwecke erstklassige Vertreter aus den verschiedenen Zweigen der Industrie und des Gewerbes sowohl wie aus der Landwirtschaft und dem Kaufmannsstande hier im Lande zur Verfügung stellen, Leute, die aus ganz anderem Holze, als wie sie uns bisher als „technische“ Vertreter der Reichsregierung durchweg (?) geschickt wurden, Leute, mit denen sich wirklich praktisch arbeiten und fachmännische Beratung und Aussprache zum Segen für beide Länder pflegen läßt. Und genau solche Leute müssen auch drüben im alten Vaterlande mit uns zusammen an der gemeinsamen Sache, an der größeren wirtschaftlichen Verständigung zwischen beiden Ländern arbeiten. Der deutsche Jurist, mag er auch ein noch so guter Verwaltungsbeamter sein, kann dem praktischen Amerikaner durch alle seine guten Eigenschaften in keiner Weise imponieren und vermag in wirtschaftlichen Fragen und Sachen nur selten den Kern einer Sache richtig zu erfassen. Darauf aber kommt es hier in erster Linie an, wenn beiden Ländern wirklich gedient werden soll. Deutschland selbst würde von einer derartigen Reform und Vervollkommnung seiner Vertretung im Auslande und besonders hier in den Vereinigten Staaten ungeheuer profitieren.

Die große Zeit verlangt es auch, daß Deutschland bei einer solchen Reform — von allem Anfange an — nunmehr in der großzügigsten Weise vorgeht. Nur großzügige, systematische Arbeit kann hier einen vollen und ungeahnt großen Erfolg bringen, mit Halbheiten aber nichts erreicht werden. Die deutsche Regierung sollte endlich auch einmal ein Stück von der Großzügigkeit wirtschaftlicher Ideen und der Großzügigkeit in der Ausführung solcher Ideen im Auslande zeigen, die den Engländer tatsächlich zum Weltbeherrscher gemacht hat. „Die deutsche Industrie und der deutsche Kaufmannsstand haben in den letzten Jahrzehnten in dieser Hinsicht ganz Wunderbares geleistet. Nunmehr sollte aber auch einmal die deutsche Regierung selbst den heiligen Bürokratismus beiseite schieben und auch dem Auslande zeigen, was das Deutsche Reich an wunderbarer wirtschaftlicher Macht und Organisation besitzt. Dadurch wird am ersten und wirksamsten jedes Vorurteil gegen Deutschland in den Vereinigten Staaten beseitigt und die Grundlage geschaffen werden, auf der aus der wirtschaftlichen Freundschaft auch eine politische Freundschaft erblühen wird, die dem Deutschen Reiche ebenso willkommen sein muß, wie wir sie wünschen und anstreben.“ — Und an einer anderen Stelle heißt es: „Großzügig muß die deutsche Reichsregierung zu Werke gehen. — Hätte z. B. die deutsche Regierung schon im Sommer letzten Jahres, sagen wir einmal, 100 Mill. Mark zur Verfügung gestellt, um die amerikanische Presse und damit die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten im deutschen Sinne zu bearbeiten, so würde sicherlich dem amerikanischen Durchschnittsbürger heute eine andere Lesekost über den Krieg vorgesetzt, als wie er sie jetzt leider tatsächlich erhält.“

Die vorstehenden Worte enthalten zweifellos sehr beherzigenswerte Wahrheiten. Ist das über die „technischen“ Sachverständigen bei den deutschen Konsulaten gefällte Urteil in seiner Verallgemeinerung auch unbedingt zu weitgehend und kann sich naturgemäß nur auf zeitlich, räumlich und sachlich beschränkte Beobachtungen gründen, so kann doch kein Zweifel darüber herrschen, daß das deutsche Konsulatswesen in den Vereinigten Staaten in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung den Anforderungen, welche das

heutige wirtschaftliche Leben an dasselbe stellen muß, nicht gewachsen ist. Wenn man in den größten Industriestädten der Union die Beantwortung von aus der Heimat einlaufenden Anfragen technischer Natur einem Bureaugehilfen überläßt, der sich durch Umfrage in der Stadt die gewünschte Information schlecht und recht zu verschaffen sucht, und diese dann mit dem Charakter der Unfehlbarkeit eines „amtlichen“ Berichtes dem Fragesteller zuschickt, so sind das jedenfalls unhaltbare Verhältnisse. Die Schuld hieran trifft selbstredend nicht den Konsul. Näher hierauf eingehen zu wollen, würde zu weit führen.

Ebensowenig kann bezweifelt werden, daß seitens der deutschen Regierung der Presse im Auslande viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Wer war es denn noch, der der Presse den Rang einer „Großmacht“ beigelegt hat? Der „Reptilienfonds“ hat seinerzeit doch auch viel Nützliches geleistet. —

Da die Schrift sich zur Aufgabe gestellt hat, nur im allgemeinen die Grundlinien der zu gründenden wirtschaftlichen Vereinigungen zu kennzeichnen, so sieht sie auch von der Aufzählung besonderer Aufgaben ab. Speziell erwähnt wird nur die Beschaffung einer genauen Statistik über die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen der beiden Länder. Die Fachpresse zahlreicher Industriezweige, namentlich in Deutschland, hat sich nach dieser Richtung bereits ein großes Verdienst durch Veröffentlichung genauer Ein- und Ausfuhrstatistiken, regelmäßiger Marktberichte usw. erworben, doch läßt sich diese Arbeit zweifellos noch sehr vertiefen. Auf vielen Gebieten fehlt es überhaupt noch daran.

Es sei gestattet, noch einige weitere Sonderaufgaben zu berühren, deren Lösung von den beiderseitigen Vereinigungen anzustreben sein würde.

Wir haben internationale wissenschaftliche Kongresse aller Art, die sich zum Teil auch mit wissenschaftlichen Fragen beschäftigen, ohne daß die dabei erzielten Ergebnisse in die Praxis übertragen worden sind. Man hat Beschlüsse gefaßt, und dabei ist es zumeist geblieben, hauptsächlich wohl, weil diese wissenschaftlichen Kongresse zu geringer Fühlung mit den Handels- und Industriekreisen haben. Hier würde sich ein großes Betätigungsfeld für die wirtschaftlichen Vereinigungen darbieten. Z. B. sind den einheitlichen chemischen Bestimmungsmethoden für technische Stoffe einheitliche Handelsnormalien für Waren aller Art an die Seite zu stellen. Es liegt auf der Hand, daß die Einführung gleicher Normalien in beiden Ländern ihren Handelsverkehr ungemein fördern würde. Für zahlreiche Waren sind derartige Normalien ja bereits im internationalen Handelsverkehr in Gebrauch, doch ließe sich dies zweifellos noch sehr verallgemeinern.

Die Einführung von einheitlichen Maßen und Gewichten, also des metrischen Systems auch in dem amerikanischen Geschäftsverkehr, würde naturgemäß dem deutschen Handel einen sehr bedeutenden Vorteil gewähren, namentlich, wenn England an seinen veralteten Maßen und Gewichten und an seiner schwerfälligen Währung festhalten sollte. In dieser Verbindung ist die Nachricht von Interesse, daß demnächst in England eine Versammlung englischer und amerikanischer Elektriker stattfinden soll, um sich über einheitliche elektrische Bezeichnungen, Maße und Werte zu einigen, die dann, wie es in dem betreffenden Berichte hieß, für die ganze Welt maßgebend sein werden. Anscheinend soll Deutschland trotz seiner hochentwickelten elektrischen Industrie nichts dabei zu sagen haben.

Eine weitere Aufgabe würde in der Einführung gleichmäßiger Bestimmungen für den Transport von Sprengstoffen und anderen gefährlichen Artikeln auf Dampfern bestehen, die ja auch auf den „Internationalen Kongressen für angewandte Chemie“ angestrebt werden.

Einheitliche Bestimmungen für den Schutz des geistigen Eigentums, sowie für Handelsmarken würden ein anderes Betätigungsfeld finden.

Die Beispiele ließen sich noch sehr vermehren, indessen genügt das Gesagte, um zu zeigen, daß es an Arbeit den Vereinigungen hüben und drüben nicht fehlen würde. Die Hauptsache ist, daß ein Anfang mit ihrer Gründung gemacht wird. „Das Eisen muß geschmiedet werden, solange

es heiß ist. — Mögen“, so schließt die Schrift, „die Führer des *Deutschtums* in den Vereinigten Staaten jetzt im gegebenen Augenblick diesen Gedanken eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ohne längeres Zögern aufgreifen und zur praktischen Durchführung bringen; beiden Ländern kann in der jetzigen Zeit kein größerer und notwendigerer Dienst erwiesen werden.“ — Und, wollen wir noch hinzufügen, mögen auch die interessierten Kreise in Deutschland diesem Gedanken alsbald näher treten und ihn seiner Ausgestaltung entgegenführen!

Jahresberichte der Industrie und des Handels.

Das Aluminium auf dem Weltmarkte. Zu diesem Artikel auf S. 357 erhalten wir von geschätzter Seite folgende Berichtigung:

„Was vorerst die Aluminiumproduktion in den verschiedenen Ländern anbetrifft, so ist es angezeigt, einmal festzustellen, daß die von den französischen Produzenten in der Presse verbreitete Produktionsziffer für Frankreich mit 18 000 t viel zu hoch angesetzt ist. Ebenso unrichtig ist es, wenn man die Produktionsfähigkeit der deutschen, österreichischen und schweizerischen Aluminiumfabriken zusammen mit bloß 12 000 t bewertet. Man wird das Richtige ungefähr treffen, wenn man die beiden Produktionsziffern vertauscht, das heißt für Frankreich 12 000, für Deutschland, Österreich und die Schweiz zusammen 18 000 t einsetzt.

Sodann ist zu berichten, daß die internationalen Syndikatsbestrebungen einzig und allein deswegen so lange zu keinem Ziele führten, weil die französischen Gesellschaften unrichtige Angaben über ihre Produktionsfähigkeit machten und Ansprüche stellten, die mit ihrer Leistungsfähigkeit in gar keinem Verhältnis standen. Nachdem man ihnen dann nach jahrelangen Unterhandlungen auf Grund ihrer falschen Angaben bedeutende Zugeständnisse gemacht hatte, erwies es sich schon im ersten Jahre des neugegründeten Syndikates, daß die französischen Fabriken trotz zahlreicher Neubauten und Vergrößerungen nicht imstande waren, ihren Lieferungsverpflichtungen nachzukommen. Dies führte das Syndikat seiner frühzeitigen Auflösung entgegen.“

D. Red.

Rußlands Ausfuhr von Eisen und Eisenerz. Nach Angaben, die auf dem Kongreß der Bergindustriellen Südrußlands gemacht wurden, sind i. J. 1914 (1913) aus Südrußland ausgeführt worden: 38,2 (44,1) Mill. Pud Roheisen, also um 13,2 % weniger als im Vorjahre; Eisenerz 282,6 (386,5) Mill. Pud, Manganerz 15,9 (18,5) Mill. Pud. — Wie aber die Zahlen für das erste Halbjahr 1915 lauten, ist leider nicht gesagt.

Wth.

Über die Goldgewinnung Rußlands im Jahre 1914 wird folgendes veröffentlicht. Bei dem staatlichen Goldschmelzlaboratorium sind i. J. 1914 im ganzen 2627 (1913: 2435) Pud Gold eingegangen. Auf die einzelnen Gebiete verteilten sich die Goldeingänge bei den staatlichen Anstalten folgendermaßen (in Pud):

	Ostsibirien	Westsibirien	Ural	Zusammen
1911	2135	189	132	2457
1912	1894	200	190	2285
1913	2023	204	207	2435
1914	2263	204	159	2627

Chemisch reines Gold wurde i. J. 1914 in einer Menge von 2207 Pud 37 Pfd. (1913: 2036 Pud 12 Pfd.) gewonnen, d. h. um 8,4% mehr als im V. Wenn man annimmt, daß in den privaten Anstalten ebensoviel Gold gewonnen wurde wie i. J. 1913, also etwa 971 Pud, so würde die Ausbeute an reinem Golde in Rußland i. J. 1914 (1913) im ganzen 3187 Pud 37 Pfd. (3007 Pud 8 Pfd.) betragen haben. — Bei der Ausschmelzung des reinen Goldes in den Laboratorien wurde reines Silber in folgenden Mengen gewonnen: im Ural 42 Pud 35 Pfd., in Westsibirien 34 Pud 22 Pfd. und in Ostsibirien 200 Pud 38 Pfd., zusammen 278 Pud 15 Pfd.

Wth.

Gesetzgebung.

Zölle, Steuern, Frachtsätze, Verkehr mit Nahrungsmitteln. Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.

Salvador. Laut Verordnung vom 18./7. 1914 beträgt der Ausfuhrzoll für Kautschuk 1 Peso für 50 kg; der Einfuhrzoll für Radreifen aus Kautschuk für Fuhrwerke, Kraftfahrzeuge, Fahrräder usw. wird nach T.-Nr. 259 mit 30 Centavos für 1 kg (Verordnung vom 7./7. 1914) erhoben. (*Diario oficial.*) *Sf.*

Niederlande. Neue Ausfuhrverbote betreffen: Melasse, Stahldraht und Waren daraus; Seife aller Art, ausgenommen in Pulverform, Stangen oder Stücken; Zink, roh oder bearbeitet, ausgenommen Gegenstände, bei denen Zink nicht den Hauptbestandteil bildet; Schellack. (Kaiserl. Generalkonsulat in Amsterdam.) *Sf.*

Die Gültigkeitsdauer der von dem Landes-Molkereinspektor in Utrecht zu erteilenden Erlaubnisse für die Ausfuhr von tierischen Fetten oder Mischungen dieser Fette untereinander oder mit Pflanzenölen oder -fetten ist auf vier Wochen festgesetzt. *Sf.*

Schweiz. Zolltarifentscheidungen in den Monaten November 1913 bis Mai 1914. Bromipin ist nach T.-Nr. 974b mit 10 Frs. zollpflichtig; — das zweite NB. ad 1052 betreffend die Monopolgebühr ist zu streichen und wie folgt zu ersetzen: NB. ad 1052. „Fruchtäther (wie Amylacetat, Butylacetat, Amylbutyrat usw.) mit einem Alkoholgehalt von höchstens 10 Vol.-% unterliegen der Monopolgebühr von 88 Frs. für 1 dz; Fruchtäther mit mehr als 10 Vol.-% Alkohol sind als Fruchtessenzen zu behandeln (s. NB. ad 981).“ *Sf.*

Portugal. Neue Ausfuhrverbote betreffen: Alaun; Aluminium; Antimon; Bauxit; Häute und Felle, grüne und trockne, im Gewichte von weniger als 25 kg; Jute, roh, in Fäden oder in Geweben; Nickel. Alle diese Artikel verstehen sich einschl. Halbfabrikaten und fertigen Waren, sowie, bei den Metallen, der betreffenden Verbindungen. Verboten wird ferner die Ausfuhr von: Weingeist, mit Ausnahme der weingeisthaltigen Getränke; Kuchen und Lebensmittel aus ölhaltigen Sämereien; Kohlen für elektrisches Licht; Chrom; Chromeisen; Manganeisen; Molybdäneisen; Nickeleisen, Wolframeisen; Vanadineisen; Mangan; Margarine, Ölen und Fetten zu ihrer Herstellung (mit Ausnahme von Leinsamenöl und Öl aus ölhaltigen Sämereien); Gerbstoffen; Molybdän; Kupfer- oder Messingwaren, halb- oder ganzfertig; Zinnwaren; Ölen und Schmiermitteln (einschl. der Mineralöle, der Harzstoffe, der in der Regel als Schmiermittel benutzten tierischen Fette, sowie der Mischungen hieraus, mit Ausnahme der Öle und Fette von Fischen und Walfischen; Paraffin; Fellen und Häuten, gegerbt; Ammoniumsulfat; Wolfram; Vanadium.

Verboten bleibt u. a. die Ausfuhr von Brennstoffmaterialien (Verordnung vom 3./8. 1914); die Ausfuhr und Wiederausfuhr von Zucker und Arzneiwaren (14./10. 1914); von Pneumatiks, Schutzreifen für Räder und anderen Zubehöerteilen zu Kraftfahrzeugen (28./11. und 20./2. 1915); von Zinn (11./5. 1915). (*Diario di Governo, I. Serie, Nr. 106 vom 5./6. 1915.*) *Sf.*

Verboten ist ferner die Ausfuhr und Wiederausfuhr von Zinnerz. (*Diario di Governo I. Serie, Nr. 107 vom 7./6. 1915.*) *Sf.*

Rußland. Die Einfuhr von Kinematographenfilms deutscher Erzeugung ist verboten. (Österr.-ungar. Konsular-Korr.) *Sf.*

Schweden. Ausfuhrverbote vom 2./7. 1915 betreffen: Rohphosphat (and. als Apatit), Thomasphosphat und ungemahlene sog. Thomasschlacke, sowie Superphosphat. *Sf.*

Norwegen. Die Ausfuhr von Tangasche wurde unterm 18./6. 1915 verboten. *Sf.*

Im Zusammenhang mit der neu eingeführten Zündholzsteuer (Angew. Chem. 28, III, 280 [1915]) wurden unterm 25./6. 1915 Vorschriften für die Verpackung der Zündhölzer erlassen. Hiernach dürfen zur Aufbewahrung und zum Transport gewöhnlicher Zündhölzer

aus Holz nur solche Kisten und Behälter verwendet werden, deren Größe für folgende Schachtelzahlen abgepaßt ist: 100, 500, 1000, 1440 (10 Gros), 5000, 6912 (48 Gros), 7200 (50 Gros), 8640 (60 Gros) und 10 000. *Sf.*

Dänemark. Unterm 28./6. 1915 ist die Ausfuhr von Mais-, Reis-, Kartoffel-, Sago- und Weizenstärke verboten. (Berlingske Tidende.) *Sf.*

Die Ausfuhr von Talg (von Rind und Schaf), Premijus (Oleo-Stock), Oleomargarine und Oleostearin ist unterm 29./6. 1915 verboten worden. (Statstidende.) *Sf.*

Deutschland. Ausfuhrverbote von 2./7. betreffen u. a.: Formersand (T.-Nr. 221); Formaldehydsulfoxylate (z. B. Bongalit, Hyraldit, Decrolin usw.). (Nr. 317s Stat. Warenverzeichnis); Kupfersalze und sonstige Kupferverbindungen der Nrn. 296, 299, 309, 317s, 332b Stat. Warenverzeichnis; Glasflaschen. (Röhren, Tuben) für Chloräthyl. *Sf.*

Halbzeug (Halbstoff zur Papier- und Pappenbereitung), breiartig oder in fester Form, Holzmasse (mechanisch bereiteter Holzstoff, Holzschliff); chemisch bereiteter Holzstoff (Zellstoff, Cellulose) (T.-Nr. 650) bleiben bis auf weiteres bei der Einfuhr zollfrei. *mw.*

Belgien. Beschränkung der Ausfuhr. Laut Verordnung des deutschen Generalgouverneurs in Belgien bedarf die Ausfuhr u. a. nachstehender Waren in jedem Falle der Genehmigung des Kommissars des Kriegsministeriums beim Generalgouvernement für Belgien (Brüssel, rue de la Loi, 65): Munition; Rohgummi, Rohkautschuk, Kautschuk- und Gummiwaren, Altgummi, Guttapercha, Balata und kautschukähnliche Produkte; Metalle (namentlich Eisen, Alzeisen, Stahl, Spezialstähle, Silber, Platin, Aluminium, Zinn, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Antimon, Nickel, Ferromangan, Ferrosilicium, Quecksilber, Weißblech, Halb- und Fertigfabrikate aus Metall, Kokillen und Kokillenbruch, Erze (namentlich Eisenerze, Hämatite, Manganerze, Nickel-erze, Schwefelkies, Zinkblende, Galmei, Kupferkies, Bauxit, Antimonerze, Zinnerze), Graphit, Graphittiegel, Asbest; Steinkohlen, Koks, Briquets und Nebenerzeugnisse des Kokereibetriebes; Farbstoffe (namentlich Anilinfarben) und Mineralfarben; Verbandstoffe und Arzneimittel; Chemikalien (namentlich Salpeter, Salpetersäure, Schwefelsäure, Schwefel, Salzsäure, Kalisalze, Kalilauge, festes Ätzkali, Glycerin, Sprengstoffe, Campher, schwefelsaures Ammoniak, Ammoniakwasser, Benzol, Toluol, Teer); Zündhölzer; Düngemittel (namentlich Rohphosphat, Superphosphat, Thomasmehl, Knochenmehl, Guano, Kalkstickstoff; Gerbstoffe jeder Art; Flachs, Hanf, Wolle, Baumwolle, Kapok, Jute, Seide und deren Garne, Gewebe und Abfälle, Lumpen, Säcke; Mineralische, tierische und pflanzliche Öle und Fette (namentlich Benzin, Paraffin, Stearin, Petroleum, Naphtha und Schmieröl), Harze; Zucker; Cellulose und Papier (insbesondere photographische Papiere) und Films. (Gesetz- u. Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 84 vom 14./6. 1915.) *Sf.*

Marktberichte.

Vom Weltzinkmarkt. London erhofft von dem Kriege u. a. auch die Beseitigung der vorherrschenden Stellung Deutschlands auf dem Weltzinkmarkt. Nachdem der Versuch, die von den deutschen Zinkwerken mit den australischen Minen abgeschlossenen Lieferungsverträge gerichtsseitig annullieren zu lassen, gescheitert ist, sucht man das Ziel durch eine bei dem australischen Bundesparlament eingebrachte Gesetzesvorlage zu erreichen, durch welche diese Verträge für nichtig erklärt werden sollen. Auch wenn diese Vorlage angenommen werden sollte, so wird sie nur für die in Australien registrierten Minengesellschaften Gesetzeskraft erhalten, nicht aber für die beiden großen englischen Gesellschaften, die Zinc Corporation und Sulphide Corporation, die auch fernerhin an die Verträge gebunden bleiben werden, falls nicht ein gleiches Gesetz in England durchgesetzt wird. Dazu kommt, daß die Verträge größtenteils nicht mit den Metallgesellschaften in Deutschland, sondern mit ihren in Australien registrierten Agenturen abgeschlossen sind und daher auch nicht unter das Gesetz fallen würden.

Nach einer Londoner Korrespondenz an die „Mining and Scientific Press“ (San Francisco) ist dort zwar lebhaft Stimmung für die Errichtung einer Schmelzerei in England für die australischen Konzentrate vorhanden, doch ist wenig Aussicht für die Durchführung eines solchen Planes, da die Industrie an sich keinen ungewöhnlichen Nutzen verspricht und eine regierungsseitige Unterstützung durch Schiffssubsidien oder gar Einfuhrzölle nicht zu erwarten ist. Um Deutschland auszuschalten (und dafür natürlich englisches Kapital einzustellen), sind zwei Möglichkeiten gegeben. Die eine besteht in der Errichtung von Schmelzereien an der atlantischen Küste der Vereinigten Staaten, was eine Kapitalsanlage von 20—30 Mill. Doll., die Einrichtung neuer Schifffahrtslinien und ein bedeutend vergrößertes Absatzfeld für Schwefelsäure erfordern würde. Als zweite Möglichkeit wird die „Wiederherstellung der belgischen Zinkindustrie“ nach dem Kriege besprochen. Bis jetzt sind zwar die Werke in Lüttich und sonstwo wenig beschädigt und auch teilweise im Betrieb, viele von ihnen befinden sich in Händen von deutschen Gesellschaften, „die Engländer rechnen aber darauf, diese beherrschende Stellung beim Kriegsschluß auf die eine oder andere Weise zu übernehmen. Was mit den Werken geschehen mag, wenn die Deutschen Belgien verlassen werden, läßt sich nicht sagen. Bleiben sie, wie sie sind, so wird die Erzeugung in verhältnismäßig einfacher und rascher Weise wiederaufgenommen werden. Werden sie zerstört (von wem?), so wird wahrscheinlich alsbald englisches Kapital für ihren Wiederaufbau beschafft werden, denn nichts scheint gewisser zu sein, als daß die geschäftlichen Beziehungen zwischen Belgien und England fortan engere sein werden.“ Diesem pium desiderium wird jedenfalls in den deutschen Friedensbedingungen gebührende Rechnung getragen werden. — Die Vereinigten Staaten haben angeblich in den letzten Monaten 50 000 t australische Konzentrate eingeführt. Einen Teil davon haben die Zinkhütten in Kansas und Oklahoma übernommen und Mitte Mai mit ihrer Verarbeitung begonnen. Man rechnet dort mit der Fortdauer dieser Zufuhren. — In Japan wird die Errichtung einer großen Zinkhütte geplant, da infolge des Krieges die Zufuhren von belgischem und deutschem Zink vollständig aufgehört haben und die Werke der Amagasaki Kaisha und Mitsui Bussan Kaisha die Nachfrage bei weitem nicht zu decken vermögen. Einem amerikanischen Konsultatsbericht aus Yokohama zufolge, ist der Zinkpreis für 1 t infolgedessen von 120 Doll. (Verein. Staatengold) vor dem Kriege auf über 200 Doll. Anfang Mai gestiegen. Die Zinkminen in Sibirien, die ihre Erze früher nach Belgien und Deutschland gesandt haben, haben mit der Mitsui Bussan Kaisha Lieferungsverträge zu verhältnismäßig niedrigen Preisen abgeschlossen. *D.*

Zur Frage der Preise für Kohlen und Eisen. Daß im Kriege die Preise für diejenigen Stoffe, die man in erster Linie als Kriegsstoffe bezeichnen kann, nämlich Kohle und Eisen, steigen, ist selbstverständlich. Für Kohlen haben wir in Deutschland seit Kriegsbeginn erst einmal eine Preiserhöhung, und auch nur von 2 M für 1 t durchschnittlich, gehabt, die noch dazu erst mit dem 1./4. 1915, also nach 8 Kriegsmonaten, in Kraft trat. Zum 1./9. dürfte nun, worauf schon hingewiesen worden ist, mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen sein, die aber, wie zuversichtlich angenommen werden kann, die Grenze von 1,50 M für 1 t im Durchschnitt nicht überschreiten wird. In England hat die dringende Nachfrage bekanntlich den Preis schon ganz anders als bei uns beeinflusst. — Was die Preisfrage für Koks anbelangt, so ist diese nicht so einfach. An dieser Stelle ist schon verschiedentlich darüber berichtet worden, daß seit einiger Zeit immer mehr Koks an Stelle von Kohlen für industrielle Zwecke, für Kesselbeheizung usw. zu verwerten mit Erfolg versucht worden ist, wodurch nicht nur die gewaltigen, von früher her auf Lager befindlichen Mengen, sondern auch die neue Erzeugung eine gute Absatzmöglichkeit gefunden haben. Dieser erfreuliche Erfolg ist nicht zum mindesten mit erreicht worden dadurch, daß der Preis für Koks am 1./4. (als die Kohlenpreise erhöht wurden) um 1,50 M ermäßigt wurde. Wird nun der Preis

für Koks mit demjenigen für Kohle wieder heraufgesetzt, so kann sehr wohl die so schön eingeleitete Entwicklung der Koksverwertung wieder gestört und gefährdet werden. Die Zechen sollten sich doch nicht nur von Rücksichten auf den Augenblick leiten lassen, sondern auch an die Zukunft denken.

Auf den Eisenmarkt werden die neuen Preisfestsetzungen für Kohlen und Koks natürlich nicht ohne Einfluß bleiben und die (gegen die letzten Friedenspreise) hohen Preise noch weiter nach oben treiben. Im Juni sind die Preise sämtlicher Eisenerzeugnisse um durchschnittlich 5 bis 10 M für 1 t in die Höhe gegangen, während in der Marktlage kaum eine Veränderung zu bemerken war. Doch fallen hier die Kriegsverhältnisse noch viel schwerer ins Gewicht, namentlich auch der Umstand, daß man allmählich mit einer Knappheit oder Verteuerung von Qualitäts-erzen wird rechnen müssen. Manche Hütten müssen schon Erze mit etwas weniger Mangangehalt verarbeiten, während die Vorräte an hochhaltigen Manganerzen bei anderen Werken noch bis zum Jahresende reichen werden. Der Eisenmarkt ist aber in noch höherem Maße als der Kohlenmarkt durch die Kriegsverhältnisse beeinflusst; die wesentlich veränderte Betriebsart, das Überwiegen des Qualitätsstahls über die Marktware, verteuert die Herstellung und die Selbstkosten. — Ob und wie die Preisbestimmungen etwa auf die nach dem Kriege eintretenden wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen hätten, dies zu erörtern (wie es verschiedentlich geschieht), scheint doch ohne jede Berechtigung oder Grundlage. *Wth.*

Preiserhöhungen für Bleifabrikate und Zinkbleche. Die Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate hat mit Gültigkeit vom 9. d. M. die Verkaufspreise heraufgesetzt. — Der Verband der deutschen Zinkblechwerke setzt mit Gültigkeit ab 19./7. die Verkaufspreise um 20 M per Doppelzentner hinauf. Der Grossistenpreis stellt sich daher auf 80—85 M. *ar.*

Die bereits angekündigte Bundesratsverordnung sieht **Petroleumhöchstpreise** für den Großhandel von 30 M für 100 kg und 32 Pf. im Kleinverkauf für den Liter bzw. 34 Pf. frei Haus vor. Die Höchstpreise treten am 15. d. M. in Kraft. *on.*

Erhöhung der Preise für Pflanzenfetterzeugnisse. Die deutschen Fabrikanten von Pflanzenfettpräparaten, wie z. B. Palmin, erhöhten die Preise um 15%. *mw.*

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände.

Der Bundesrat hat durch Beschluß vom 12./7. eine Verordnung erlassen, betreffend die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau. Hierdurch werden die Landeszentralbehörden ermächtigt, die Besitzer von Steinkohlenbergwerken und Braunkohlenbergwerken auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Förderung, sowie der Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaft obliegt. Durch die so geschaffene Möglichkeit, Zwangsgesellschaften zu errichten, wird bewirkt, daß die Bergwerksbesitzer in der Förderung und im Absatz der gewonnenen Erzeugnisse nicht mehr frei sind, auch wenn sie einer der bislang bestehenden Vereinigungen nicht angehören. Weiter ist durch diese Verordnung, wie anzunehmen ist, die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats endgültig gesichert. Bekanntlich läuft dieser Syndikatsvertrag mit dem 31./12. 1915 ab; doch können die beteiligten Zechenbesitzer schon vom 1./10. 1915 ab über ihre Förderung für die Zeit nach dem 1./1. 1916 frei verfügen. Es ist weiter in dieser Zeitschrift schon darauf hingewiesen worden, daß die bisherigen Versuche, den Syndikatsvertrag zu erneuern, insofern mißglückt sind, als eine Einigung mit mehreren großen Außenseitern nicht zu erzielen war. — In der Verordnung sind dem Staate verschiedene Aufsichtsbefugnisse eingeräumt, so z. B. eine gewisse Beeinflussung bei der Preisbildung. Die Beschlüsse der Gesellschaftsversammlungen usw. unterliegen der Aufsicht eines Staatskommissars. Im übrigen ist in der Bundesratsverordnung ausdrücklich bestimmt, daß von der den Landeszentralbehörden erteilten Befugnis zur Bildung eines

Zwangssyndikats kein Gebrauch zu machen ist, wenn von Bergwerksbesitzern, deren Förderung mehr als 97% der Gesamtförderung des in Betracht kommenden Bezirkes ausmacht, innerhalb einer durch die Landeszentralbehörde zu bestimmenden Frist eine Vereinigung zum Zwecke des gemeinsamen Absatzes der Bergwerkserzeugnisse durch Vertrag gebildet wird, wobei jedoch die Landeszentralbehörde die öffentlichen Interessen als nicht gefährdet durch den Vertrag erachten muß. Durch letztere Voraussetzung hat sich also der Staat auch für den Fall einer freiwilligen Syndikatsbildung einen Einfluß gewahrt. *Wth.*

Tagesrundschau.

Martin Brunner-Stiftung. Bewerbungen um den Preis der Martin Brunner-Stiftung für hervorragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiete der Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten, der alljährlich zur Verteilung gelangt, müssen bis zum 1./11. d. J. beim Nürnberger Magistrat eingereicht werden.

Die königliche landwirtschaftliche Hochschule zu Berlin stellt für das Studienjahr 1915/16 u. a. folgende wissenschaftliche Aufgaben zur Bearbeitung: „Die wirtschaftlichen Bedingungen der Feldgraswirtschaft in Deutschland“, „Die neueren Theorien der Gewitterbildung sind unter Zugrundelegung der Ionentheorie ausführlich und kritisch darzulegen“, „Über Getreidewanzen“, „Von welchen Einflüssen ist die aus einem Sammelgebiet entstehende Abflußmenge abhängig“, „Die praktisch wichtigen Methoden zur Herstellung von Torf- und Strohhäckselmelasse sollen an der Hand der Literatur beschrieben und kritisch beleuchtet werden, insbesondere hinsichtlich der Produkte bei längerer Aufbewahrung“.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Ch. H. Allen ist von seiner Stellung als Präsident der American Sugar Ref. Co. zurückgetreten, aber Direktor geblieben. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich der bisherige Vizepräsident Pabst werden.

Dr. Bodewig, Betriebsleiter der Kgl. Pulverfabrik Hanau, wurde zum Betriebsdirektor II. Klasse ernannt.

An der Universität Heidelberg habilitierte sich Dr. med. et phil. Ernst Gerhard Dresel aus Magdeburg-Buckau, Assistent am Hygienischen Institut.

Prof. Dr. Haendel, Direktor des Kgl. preuß. Instituts für Hygiene und Infektionskrankheiten, Saarbrücken, wurde unter Verleihung des Charakters als Geh. Reg.-Rat zum Direktor im Kaiserlichen Gesundheitsamt ernannt.

Dr. B. A. L. Holmberg wurde zum Professor der organischen und analytischen Chemie an der Technischen Hochschule in Stockholm ernannt.

An der Münchener Technischen Hochschule haben sich folgende Privatdozenten niedergelassen: Dr. Hans Loewe, Dipl.-Ing. Dr. Manfred Bühlmann, Dr. Guido Zerkowicz, Dr. Kurt Braß, und Dr. Heinrich Bauer.

Dem Webschuldirektor Ernst Möller in Reichenbach i. V. wurde der Titel Professor verliehen.

Franz Peter, Professor für Berg-, Hütten- und Maschinenkunde an der Montanistischen Hochschule in Leoben, wurde zum Rektor gewählt.

Prof. Dr. Römer, Direktor des Hygienischen Universitätsinstitutes in Greifswald, hat den an ihn ergangenen Ruf als Nachfolger von Prof. Fränken angenommen.

Die Potsdamer Handelskammer hat Friedrich Schülke, Oranienburg, als Sachverständigen (Probenehmer für Rohphosphate und Superphosphate) vereidigt.

Geh. Rat Prof. Dr. E. Schmidt, Berlin, wurde anlässlich seines 70. Geburtstages „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um den Ausbau der pharmazeutischen Chemie und seiner vorbildlichen Tätigkeit als akademischer Lehrer“ von der Technischen Hochschule zu Braunschweig zum Dr.-Ing. ehrenhalber ernannt.

Kommerzienrat Dr. Julius Haerlin, Papierfabrikbesitzer in Gauting, beging am 10. Juli seinen 80. Geburtstag; er gehört seit 30 Jahren dem Vorstand der Papiermacher-Berufsgenossenschaft an.

Fabrikdirektor Dr. Hans Heubach beging das 25 jährige Jubiläum seines Eintrittes in die Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf A.-G.

Gestorben sind: Berthold Brück, Gesellschafter der Fa. Brüner Dampfmühle Brüder Brück & Comp., in Brunn am 11./7., 52 Jahre alt. — Heinrich Crämer, Geschäftsführer a. D. der früheren Gewerkschaft Hamburg und Franziska, am 11./7. in Annen im Alter von 74 Jahren. — Konsul Harry Dessau, Direktor der Baumwollweberei A. S. Mogensen & Dessaus Väveries in Odensee, Mitbegründer und langjähriger Vorsteher des dänischen Textilfabrikantenvereins, Vorstandsmitglied des Arbeitgebervereins, am 25./6. — Fabrikbesitzer Max Hempel, Berlin-Westend, am 10./6. im Alter von 65 Jahren. — Heinrich Lösch, Betriebsleiter der Norddeutschen Kohlen- u. Cokes-Werke A.-G., in Hamburg am 9./7. — Großindustrieller Dr. Ernst Marbach, Gesellschafter der Baumwollspinnerei Marbach & Riecken in Rauschengrund bei Eger i. B. — E. L. Molineux, Direktor der Farbenfabrik F. W. Devoe and C. T. Raynolds in New York, 81 Jahre alt, am 10./6. — Spinnereidirektor a. D. Benno Niesz, der Altmeister der Baumwollspinnerei, in Gallneukirchen, am 5./6. — August Offenbacher, Prokurist und langjähriger Mitarbeiter der Chemischen Fabrik E. Merck, Darmstadt, am 7./7. — Albert Plaut, Präsident des Drogengroßhauses Lehn & Fink in New York, 57 Jahre alt, am 17./6. — Geh. Reg.-Rat Generalarzt a. D. Karl Rahts, langjähriges Mitglied des Kaiserl. Gesundheitsamtes, in Berlin, im Alter von 65 Jahren. — Wirklicher Geh. Ober-Reg.-Rat, Ministerialdirektor a. D. Dr. med. vet. Arthur Schroeter, in Berlin-Dahlem, im 56. Lebensjahre; der Verstorbene gehörte dem Landwirtschaftsministerium als Direktor der landwirtschaftlichen und Gestütsangelegenheiten an, war Mitglied des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung sowie des Reichsgesundheitsamts und stellvertretender Vorsitzender des Landesveterinäramtes. — Dr. Theodor Schulhof, Verwaltungsrat des österreichischen Vereins für chemische und metallurgische Produktion in Aussig, in Baden b. Wien, am 10./7.

Auf dem Felde der Ehre sind gefallen:

Karl Arntz, Besitzer eines chemisch-pharmazeutischen Laboratoriums in München, am 3./7. — Dr. Walter Boldt, Stettin, am 18./6. — Dipl.-Ing. Gustav Kühn, von der Kolonialen Bergbau-Ges., Berlin, Ritter des Eisernen Kreuzes, am 28./6. — Georg Mattausch, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Fa. Friedr. Mattausch & Sohn A.-G. für Textilindustrie in Franzensthal i. Böhmen, am 25./6. — Wilhelm Rosenmeyer, Wolltechniker der Fa. Leopold Cassella & Co., Mainkur. — Bergrat Wilhelm Schulz, Friedberg i. H., Ritter des Eisernen Kreuzes I. u. II. Kl. — Rudolf Tauber, Direktor der Deutschen Kunstleder A.-G. in Kötitz b. Coswig. — Dr. Georg Wiebe, Syndikus der Bochumer Handelskammer, am 25./6., infolge einer erlittenen Verwundung, im Alter von 47 Jahren. — Hermann Gustav Zirner, Ofenfabrikbesitzer in Velten.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

Die 31. ordentliche Genossenschaftsversammlung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie hat am 19./6. in Berlin im Verwaltungsgebäude der Berufsgenossenschaft stattgefunden unter der Leitung des Vorsitzenden des Vorstandes, Geh. Reg.-Rats Dr. Oppenheim. Als Vertreter des Reichsversicherungsamts nahm an der Versammlung der Geh. Reg.-Rat Dr. Heyroth teil, der die Versammlung im Namen des Reichsversicherungsamts und dessen Präsidenten begrüßte und die Genossenschaft zur Wahl ihres neuen Vorsitzenden beglückwünschte. In der Versammlung waren 1484 Stimmen vertreten.

Nach dem Verwaltungsbericht, der in der Versammlung erstattet wurde, ist die Zahl der versicherten Betriebe im

Jahre 1914 von 15 042 auf 15 014, d. h. um 0,18% zurückgegangen. Die Zahl der Vollarbeiter hat sich von 277 629 auf 245 880 vermindert. Der Jahresarbeitsverdienst der versicherungspflichtigen Arbeiter und Betriebsbeamten belief sich auf 313 508 108 M.; unter Hinzurechnung des Arbeitsverdienstes der freiwillig versicherten Personen ergab sich ein Gesamtarbeitsverdienst für alle versicherten Personen von 328 574 401 M. Die Umlage stellte sich auf 4 683 361 M. An Unfallentschädigungen sind insgesamt 3 445 479 M. gezahlt worden. Die Rücklage der Berufs-genossenschaft beträgt 9 879 523 M. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 15 340 im Jahre 1913 auf 13 279 zurückgegangen. — In der Zusammensetzung des Genossenschaftsvorstandes sind im Berichtsjahre insofern Änderungen eingetreten, als das ordentliche Mitglied, Kommerzienrat Kaesemacher, Stettin, und die stellvertretenden Mitglieder Kommerzienrat Heise, Hannover, und Dir. Dr. Bichel, Hamburg, gestorben sind. An Stelle des Kommerzienrats Kaesemacher trat Dir. Dr. Krey in die Reihe der ordentlichen Mitglieder des Vorstandes ein.

Außer den Regularien, die von der Versammlung ohne wesentliche Erörterung erledigt wurden, beschloß die Genossenschaftsversammlung noch einige Änderungen der Satzung, darunter die Wiedereinführung der freiwilligen Versicherung betriebsfremder Personen (sog. Passantenversicherung) und die Verlängerung der Amtsdauer der Vorstandsmitglieder von 2 auf 4 Jahre.

Iron and Steel Institute.

(Fortsetzung von S. 408.)

Der Votr. erörtert dann die Frage, ob noch weitere Fortschritte erwartet werden können; während man jetzt mit Hilfe der beschriebenen Verbesserungen einen Nutzeffekt von 35% erreicht, dürfte es nach Dugald Clerk möglich sein, durch Erhöhung des Druckes, der jetzt nicht 95—100 Pfd. pro Quadratzoll überschreiten kann, den Nutzeffekt auf 50% zu steigern durch die Methode der Superkompression der entweichenden Gase.

In der Diskussion meint R. B. Slacke, der Votr. habe erwähnt, die Cockerillmaschine arbeite mit einem mittleren Druck von 78 Pfd. pro Quadratzoll. Redner möchte nun wissen, ob dies bei ständiger Belastung der Fall ist, da man in der Praxis nicht mit über 65 Pfd. pro Quadratzoll ständiger Belastung arbeitet. Bei wechselnder Belastung kann man etwas höher gehen. Was die Kühlung anbetrifft, so haben diese die meisten Firmen auf dem Kontinent nach seinen Informationen aufgegeben, so daß es ihn interessieren würde, zu erfahren, ob die Cockerillwerke die Kühlung beibehalten haben. Auch möchte er darauf hinweisen, daß auf dem Kontinent auch ein vom Votr. nicht erwähntes Reinigungssystem verwendet wird, durch welches die Leistung der Maschine auf 30% steigt.

Sir Robert A. Hadfield, London, und Dr. Georges H. Burgess, Washington, vorgetragen von Hadfield: „Dichte Stahlblöcke und Stahlschienen.“ Es wurden die Eigenschaften von Schienen verglichen, die nach der in Amerika üblichen Praxis aus verschiedenen Stahlblöcken von gleicher chemischer Zusammensetzung, aber verschiedener Gußmethode, hergestellt wurden mit solchen, die nach dem besonderen Gußverfahren von Hadfield hergestellt waren. In England treten Eisenbahnunglücksfälle infolge Schienenbruch oder mangelhaftem Rädermaterial nicht so häufig auf, wie in Amerika. Es sind in letzterem Lande nicht nur die Verkehrsbedingungen infolge der besonders schweren Lasten ungünstiger, sondern es wirken auch die klimatischen Verhältnisse ungünstig, da dort ganz extreme Temperaturänderungen auftreten. Größere Dichtigkeit des Materials, das für Schienen, Räder, Achsen u. dgl. verwendet wird, bedeutet daher eine Steigerung der Lebensdauer des rollenden Materials wie auch eine Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die Herstellung von Schienen aus nach dem Hadfield-Prozeß gewonnenen Stahl bedeutet eine Materialersparnis und Verminderung der Verluste und Abfälle. Die allgemeine Einführung des Verfahrens würde einen jährlichen Gewinn von mehreren Millionen Tonnen Stahl im Jahre bedeuten, ganz abgesehen von der besseren Qualität der Produkte. Es erwies sich bei den

Untersuchungen, daß die nach dem Hadfield-Verfahren gegossenen Stahlblöcke durch und durch dicht waren. Es sei jedoch bemerkt, daß ein Stahlblock, der in seinem ganzen Innern gleichmäßige Beschaffenheit aufweist, noch nicht die vollkommene Dichte des daraus hergestellten Endproduktes, wie z. B. der daraus gewalzten Schienen, sichert. Es können durch das Wiedererhitzen und Walzen leicht Unvollkommenheiten auftreten, doch treten solche Übelstände bei den nach dem Hadfieldsystem gegossenen Blöcken sehr selten auf, da das Material vollkommen dicht und frei von Lunkern ist. Es wird nun die Herstellung der Schienen aus derartigen Stahlblöcken beschrieben, und sodann werden die Ergebnisse der Untersuchung derartiger Schienen angegeben. Die Untersuchungen erstrecken sich auf die Bestimmung der Härte nach Brinell, auf die Bestimmung der Festigkeit, die chemische Analyse und Ermittlung der Mikrostruktur. Die Untersuchungen zeigten die große Überlegenheit des Hadfieldverfahrens; die so hergestellten Blöcke waren physikalisch dicht, vollkommen gleichmäßig und praktisch frei von chemischen Ausseigerungen. Die Schienen, die aus Blöcken hergestellt wurden, die nach dem Hadfield-Verfahren mit dem breiten Querschnitt nach oben gegossen wurden, waren sehr gleichmäßig und frei von Hohlräumen. Die nach dem gewöhnlichen Verfahren hergestellten Stähle ergaben je nach den Verhältnissen dichte Schienen oder weniger dichte. Das für die Schienenherstellung zur Verfügung stehende Material ist auch nach dem Hadfieldverfahren größer, die Verluste durch Abfall sind geringer. Die physikalischen und chemischen Untersuchungen, denen Schienen und Schienenstahl in der Regel unterworfen werden, geben keinen sicheren Anhalt über die Qualität der Schienen; so lassen chemische Analyse und Festigkeitsproben die dichten Schienen nicht von den undichten unterscheiden. Ein wertvolles Hilfsmittel zur Erkennung der Eigenschaften des Endproduktes, der fertigen Schiene, bietet die metallographische Untersuchung. Die Anwendung des Hadfield-Systems für die Herstellung von Schienenstahl könnte ohne übermäßige Kosten allgemein eingeführt werden. Die Kosten inklusive Arbeitslohn werden auf 1,5—2 Schilling für die Tonne geschätzt.

In der sich anschließenden Erörterung weist Sir Robert Hadfield noch darauf hin, wie groß die Verluste in den Stahlwerken sind. Die jährliche Welterzeugung an Stahl wird jetzt auf 75 Mill. Tonnen geschätzt, wo von mindestens 25—30% in Form von Abfall und Krätze verloren gehen. Würde dieser Verlust nur um die Hälfte reduziert werden können, so würde dies einen jährlichen Gewinn von nicht weniger als 10 Mill. Tonnen bedeuten. Hierzu kommt auch noch der beträchtliche Verlust infolge Oxydation. Jedesmal, wenn Stahl in Form von Spänen wieder erhitzt wird, geht eine gewisse nicht wieder zu gewinnende Menge verloren. Um sich ein Bild von dem Verlust der Späne zu machen, betrachte man nur Öfen von 25—40 t Fassungsraum mit einer Erzeugung von 400—500 t in der Woche. Könnte man hier die oben erwähnten Verluste vermeiden, so könnte durch die Einführung der Methode der Erzeugung dichter Stahlblöcke die gesamte erzeugte Menge sich gleichbleiben, wenn 600 derartige Hochöfen niedergelegt werden. Man ist heute in der Lage, so zu arbeiten, daß nicht ein einziger undichter Stahlblock hergestellt wird, oder, falls doch ein solcher auftreten sollte, die Unvollkommenheit sofort zu erkennen, so daß derartige Material nicht auf Schienen verarbeitet wird. Redner möchte die Metallurgen von dem Vorwurf befreien, daß sie Material ungleicher Zusammensetzung herstellen. Die Methode ist wirklich einfach, und die Ersparnisse durch Verminderung des Abfalls machen die etwaigen Anlagekosten reichlich bezahlt. Besonders in der Jetztzeit ist die Einführung des Hadfield-Systems von großer Bedeutung. So kann bei der Herstellung von Projektilen seine Firma jetzt aus 750 t Stahlblöcken die gleiche Anzahl Hülsen herstellen wie früher aus 1000 t. Diese Ersparnis ist von ganz großer Bedeutung, es bedeutet das nicht nur Materialgewinn, sondern auch Zeitgewinn.

Benjamin Talbot, Middlesbrough, bemerkt, daß die in dem Vortrag angegebenen Vergleiche sich auf verschiedene Stahlsorten beziehen. So ist z. B. ein Sheffield-Stahl verglichen mit gewöhnlichem amerikanischen sauren Bes-

semerstahl. Der nach dem Hadfield-Verfahren hergestellte Stahl enthielt 0,1% Aluminium, also 2 Pfd. pro Tonne Stahl, das ist eine Menge, die in der gewöhnlichen Stahlwerkspraxis nicht verwendet wird. Redner kann nicht verstehen, warum ein solch außergewöhnlicher Zusatz genommen wird, um die Abwesenheit von Seigerungen zu beweisen, wenn nicht der Vergleichsblock die gleiche Zusammensetzung zeigt, da doch bekannt ist, daß Aluminium Seigerungen herabsetzt. Der Sheffield-Stahl enthielt auch 0,2% Silicium, und es ist nun der nach dem in Sheffield üblichen Verfahren hergestellte Stahl mit 0,2% Silicium und 0,1% Aluminium verglichen worden mit gewöhnlichem sauren amerikanischen Bessemerstahl, der weder Silicium noch Aluminium zugesetzt erhalten hat. Es wäre wohl zweckmäßiger gewesen, wenn der Vergleichsblock nach dem üblichen basischen Verfahren hergestellt worden wäre, welches bekanntermaßen geringen Phosphor- und Schwefelgehalt ergibt. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1914 in den Vereinigten Staaten 1 850 000 t Schienen hergestellt wurden und hiervon 1 500 000 t oder 78% aus basischem Stahl und nur 323 000 t oder etwas über 16% aus saurem Bessemerstahl waren, dann ist es wohl einleuchtend, daß man als Vergleichsmaterial lieber die 78% als die 16% hätte heranziehen sollen. Weiter bedürfte es einer Erklärung, warum Stahlblöcke, die mit dem großen Querschnitt nach oben gegossen werden, denen mit dem schmalen Ende nach oben gegossen — wie sie in Schienenwalzwerken und anderen Stahlwerken meist gegossen werden — überlegen sein sollen. Durch diese Bemerkung möchte Talbot nicht etwa sagen, daß das Hadfield-Verfahren für kleine Stahlblöcke und manche Zwecke nicht sehr wertvoll sei, doch möchte er darauf hinweisen, daß die Anwendung des Verfahrens doch beträchtliche Schwierigkeiten aufweist. So müssen vor allem Schienen niedrig im Preise stehen, während das Hadfield-Verfahren eine Erhöhung der Kosten bedeutet, die noch steigen, wenn ein Zusatz von 0,1% Aluminium notwendig ist.

I. W. E. C. Stromeyer, Manchester, hält das Hadfield-Verfahren für sehr wertvoll, da dadurch die Spänmenge reduziert wird. Er glaubt, daß die häufigen Fehler und Brüche an Schiffs- und Kesselplatten zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, daß Bessemer-späne mit verarbeitet werden, was nach dem Hadfield-Verfahren verbessert werden kann. Im allgemeinen müsse man jedoch trennen zwischen Qualität des Stahls und auftretenden Hohlräumen. Das Hadfield-Verfahren dürfte die Stahlqualität wohl kaum ändern, aber die Blasenbildung verringern. Die Qualität des Stahls hängt hauptsächlich von den Verunreinigungen ab. Neuere Untersuchungen haben bewiesen, daß schlechte Stahlqualitäten bei schlechtem Wetter weniger widerstandsfähig sind wie gute Stahlqualitäten. Als vor einigen Jahren häufiger Brüche auftraten, konnte er bei den Untersuchungen feststellen, daß gute Stahlsorten sich bei kaltem und heißem Wetter praktisch gleich verhalten, daß aber schlechte Stahlsorten in der Kälte schlechter standhielten als bei normaler Temperatur. Wenn man nun berücksichtigt, daß die meisten Schienenbrüche in Amerika während der kalten Monate auftreten, dann scheint es naheliegend anzunehmen, daß das verwendete Material in Amerika fehlerhaft ist. Das Verfahren von Hadfield verbessert keineswegs die Qualität, wenn es auch die Blasenbildung verringert.

F. W. Harbord meint, jedes Verfahren, das dichtere Blöcke gibt, ist willkommen, und sicherlich ist ein Prozeß, der Hohlräume verringert, mit Freuden zu begrüßen.

T. Wynnam möchte fragen, ob Hadfield in der Spitze des Stahlblockes, gerade unterhalb des Kraters, eine Kohlenstoffzunahme gefunden habe, denn er hält es für gefährlich, an dieser Stelle flüssigen Stahl und Kohlenstoff zu haben, wenn ein Luftstrom darüber geht. Es muß seiner Ansicht nach eine Kohlenstoffimprägnierung eintreten und eine solche Ausseigerung an Kohlenstoff müsse sich als schädlich erweisen.

In seinem Schlußwort weist Sir Robert Hadfield darauf hin, daß sein Verfahren von der Regierung, vom Kriegsministerium und der Admiralität geprüft wurde, und daß die erzeugten Blöcke einer außerordentlich strengen Prüfung unterworfen wurden. Das Ergebnis war durchaus

befriedigend; von 120 untersuchten Blöcken — die Untersuchungen erstreckten sich über acht Monate — war auch nicht ein einziger fehlerhaft. Wenn *Stromeyer* meint, das Verfahren würde die Herstellung fehlerhafter Schienen nicht verhindern, so möchte er darauf erwidern, daß dies doch der Fall ist und den Beweis hierfür liefert das Anätzen. Von praktischer Bedeutung ist die von *Twyman* aufgeworfene Frage über den Einfluß des Kohlenstoffes in der Spitze des Blockes. Wenn man 9–10% des Blockes oben wegschneidet, ist jede Spur einer Carbonisation verschwunden. Es sind sehr eingehende Untersuchungen an allen Blöcken durchgeführt worden, sobald sich die geringste Zunahme des Kohlenstoffgehaltes gezeigt hätte, wäre das Material verworfen worden. Es sind nach dem *Hadfield-Verfahren* 70 t hergestellt worden. Das Material hat den Anforderungen der Behörden voll genügt, es ist nicht ein Fall einer Beanstandung vorgefallen. Es dürfte dies wohl die beste Kritik des Verfahrens sein.

Dr. I. E. Stead: „Eisen, Kohlenstoff und Phosphor.“ Im Jahre 1900 hat *Saklatwalla* eine Arbeit über die Konstitution der Eisen-Phosphorverbindungen veröffentlicht, welche frühere Untersuchungen des Vortr. bestätigte. So fand er, daß die gesättigte feste Lösung von Phosphor in Eisen 1,75% Phosphor und 98,25% Eisen enthielt, und daß das Eutektikum etwas über 10% Phosphor aufwies. *Stead* hatte als Erstarrungspunkt des Eutektikum 980° gefunden, während neuere Versuche hierfür etwas über 1000° angeben. *Saklatwalla* hat ein zweites Eutektikum gefunden, welches aus Krystallen von Fe_2P und Fe_3P bestand, auch fand er Haltepunkte beim Abkühlen der Legierungen mit 6,5–8% Phosphor, was ihn zu der Annahme führte, daß entweder das Eutektikum in seiner Zusammensetzung wechselt, oder daß einige unaufgeklärte physikalische Änderungen auftreten. *Stead* hat immer

den gleichen Schmelzpunkt für das Eutektikum gefunden, gleichgültig, ob der Phosphorgehalt 2 oder 10% betrug.

Die ersten Versuche zur Bestimmung der Zusammensetzung der letzten Anteile, die beim langsamen Erstarren von grauem Clevealandeisen flüssig bleiben, wurden in den Jahren 1875 bis 1877 durchgeführt. Das erstarrende Metall wurde einem hydraulischen Druck ausgesetzt, und die letzten ausgepreßten Teile der Analyse unterworfen. Vor 40 Jahren wußte man noch wenig über die sog. Eutektika, wie aber die neueren Untersuchungen bewiesen, bestand die damals aus dem Clevealandeisen ausgepreßte Substanz aus dem fast reinen ternären Eutektikum von Eisen-Phosphor-Kohlenstoff. Es ist dieses reine Eutektikum später auch von *Wüst* und *Görens* synthetisch dargestellt worden, die Zusammensetzungen stimmen mit dem von *Stead* erhaltenen Eutektikum gut überein. Während in grauen phosphorhaltigen Eisen das Eutektikum binär ist und 10% Phosphor und 90% Eisen enthält, ist in weißem Eisen immer das ternäre Eutektikum anwesend. Später bewies *Prof. Carpenter*, daß die Haltepunkte bei der Erstarrung des Eutektikums in grauen und weißen Clevealandeisen bei 945° mit dem Erstarrungspunkt des ternären Eutektikums identisch sind; es beweist dies, daß sich zuerst dieses Tripleutektikum bildet. Nach der vollständigen Erstarrung des ternären Eutektikums diffundiert der Kohlenstoff heraus, denn in dem kalten grauen Metall bleibt das binäre Eutektikum. Bei den früheren Versuchen des Vortr., Phosphor aus Eisen durch Druck zu entfernen, konnte immer nur ein Bruchteil der Gesamtmenge des Eutektikums aus dem Metall ausgepreßt werden, weil das Metall in der Form nicht aus der Temperatur von 945° gehalten werden konnte. Wäre dies möglich gewesen, dann hätte man theoretisch bei genügendem Druck den ganzen Phosphor abscheiden können müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Verein deutscher Chemiker. Der große Krieg.

Im Kampf für das Vaterland starben folgende Fachgenossen:

Dr. Karl Arntz, Besitzer eines chemisch-pharmazeutischen Laboratoriums in München, Unteroff. d. L., am 3./7.

Dr. Walter Boldt, Stettin, am 18./6.

Das Eiserne Kreuz haben erhalten:

Dr. Ernst Duntze, Vorsteher der Abteilung für Trinkbranntwein- und Likörfabrikation des Institutes für Gärungsgewerbe, Hauptmann d. Res. und Kompagnieführer einer Maschinengewehrabteilung.

Walter Henninger, Fabrikdirektor der Ruberoidwerke A.-G. in Hamburg-Billbrook, Leutn. d. Landw.

Karl Herbert Pötschke, Inhaber der Stanz- und Emaillierwerke Gebr. Pötschke in Waldheim i. S., Leutn. d. Res.

Dipl.-Ing. Paul Schimpke aus Chemnitz, Leutn. d. Landw.

Oberapotheker d. Res. Rudolf Walkert, Nahrungsmittelchemiker beim chemischen Untersuchungsamt in Duisburg.

Sonstige Kriegsauszeichnungen:

Walter Neumann, Mitinhaber der Isolierfirma *M. Neumann & Co.*, Wien, Fähnrich im k. k. Inf.-Reg. Nr. 4, erhielt die große Silberne Tapferkeitsmedaille.

Dr.-Ing. W. Schauseil, Goldschmieden, Ritter des Eisernen Kreuzes, erhielt das Ritterkreuz 2. Kl. vom Albrechtsorden mit Schwertern.

Verlag von Otto Spamer, Leipzig. — Verantwortlicher Redakteur Prof. Dr. B. Rassow, Leipzig. — Spamersche Buchdruckerei in Leipzig.

Am 11. ds. Mts. verschied in Wiesbaden, nachdem er vor 1¼ Jahren in den Ruhestand getreten war, unser langjähriger

Abteilungsvorstand und Prokurist

Herr Dr. phil. Heinrich Rose

25 Jahre war der Verschiedene in unseren Werken tätig und hat sich um die Entwicklung und Neu-einrichtung der ihm unterstellten Betriebe sehr verdient gemacht. Durch seinen Eifer, seine Zuverlässigkeit und sein verbindliches Wesen hat er sich das Vertrauen und die Anerkennung des Direktoriums, seiner Kollegen und sämtlicher Werksangehörigen in hohem Maße erworben.

Ein bleibendes, ehrendes Andenken ist ihm bei uns gesichert.

Leverkusen bei Köln a. Rh., den 13. Juli 1915.

Das Direktorium
der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.